Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeiger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die Nebengespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 36 Pfennige, auswärtige Anzeigen 44 Pfennige. Reklamepetitzeile 90 Pfennige, auswärtige Reklamen 1 Reichsmark, amtliche Zeile 60 Pfennige.

Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1066

Nr. 283 — Sonnabend, den 3. Dezember 1932 — 27. Jahrgang

General von Schleicher Reichskanzler

Die Entscheidung ist gefallen — Hindenburg hat sich für Schleicher entschieden

Berlin, 2. Dezember 1932. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, hat der Reichspräsident den General von Schleicher mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt.

Die voraussichtliche Zusammensetzung des Kabinetts Schleicher

Berlin, 2. Dez. Das Kabinett Schleicher wird voraussichtlich wie folgt aussehen:

Kanzler und Wehrmacht: General von Schleicher.
Aeußeres: Freiherr von Neurath.
Inneres: Dr. Bracht.
Finanzen: Graf Schwerin v. Krosigk.
Justiz: Dr. Gürtler.
Verkehr und Post: Eltz v. Rübenach.

Offen sind das Wirtschaftsministerum und das Arbeitsministerium. Man nimmt in politischen Kreisen an, daß dem General von Schleicher die Kabinettsbildung gelingen wird. Jedoch dürften sich die Verhandlungen einige Tage hinziehen.

Die Situation vor der Beauftragung

Berlin, 1. Dez. Die angekündigte Besprechung beim Reichspräsidenten, an der wie üblich Reichskanzler von Papen, Reichswehrminister von Schleicher und Staatssekretär Dr. Meißner teilnehmen, hat um 6 Uhr abends begonnen.

Die Konferenz beim Reichspräsidenten dauerte etwa 1½ Stunden. Nach den Auskünften, die bisher zu erlangen waren, hat sie eine Entscheidung noch nicht gebracht. Es wird hinzugefügt, daß die Entscheidung wahrscheinlich morgen mittag bekanntgegeben wird. Daraus läßt sich vielleicht entnehmen, daß zunächst morgen vormittag noch weitere Besprechungen stattfinden sollen. Rein stimmungsmäßig muß man heute abend den Eindruck haben, daß wieder alles offen ist, auch was die Frage der zu beauftragenden Kanzler-Persönlichkeit anbelangt.

Zu der heutigen Abendkonferenz beim Reichspräsidenten ist noch zu erfahren, daß über die sachlichen Fragen des Programms der künftigen Regierung ein abschließendes Ergebnis erzielt worden sein dürfte. Die Frage der Persönlichkeit des neuen Reichskanzlers ist vollkommen offen. Die Chancen für Reichskanzler von Papen und General von Schleicher werden in politischen Kreisen mit 1:1 gekennzeichnet.

In diesem Zusammenhange wird auch betont, daß die Antwort der Nationalsozialisten vollkommen negativ ausgefallen ist, so daß nicht mehr die geringste Wahrscheinlichkeit eine Unterstützung oder Tolerierung eines Kabinetts von Schleicher erwarten läßt. Daraus ergibt sich wohl, daß nun General von Schleicher nicht mehr allein im Vordergrunde ist, sondern die Aussichten sich auf ihn und Herrn von Papen gleichmäßig verteilen. Es steht schon jetzt fest, daß die neue Reichsregierung eine Politik macht, die nicht mehr davon abhängig ist, welche der beiden Persönlichkeiten an ihrer Spitze stehen wird. Daraus darf man wohl annehmen, daß auch das Regierungsprogramm des Herrn von Papen sich fast ausschließlich auf die wirtschaftlichen Fragen konzentrieren dürfte.

Morgen mittag wird nun noch Geheimrat Hugenberg vom Reichspräsidenten empfangen werden, und dann soll im Laufe des Nachmittags endgültig die Entscheidung auch in der Personenfrage fallen.

Die Berliner Presse zur Lage

Berlin, 2. Dezember. In den Erörterungen der Morgenblätter über die gestrige Entwicklung der innerpolitischen Situation spielt die Auffassung die Hauptrolle, daß durch die ablehnende Haltung der Nationalsozialisten nunmehr wieder eine Kanzlerschaft Papens an Wahrscheinlichkeit gewonnen hat.

In einer ganzen Reihe von Zeitungen wird hervorgehoben, daß gegen eine Kandidatur Schleicher, die „wieder etwas in den Hintergrund getreten sei", vor allem eingewendet werde, daß Reichskanzleramt und Reichswehrministerium nicht in einer Hand vereinigt sein sollten.

Die „Voss. Ztg." nennt als weitere Gründe, daß die Fühlungnahme mit den Gewerkschaften nicht das erwartete Ergebnis gehabt habe, denn deren Forderungen seien so weitgehend, daß auch Schleicher sie nicht erfüllen könne. Und schließlich halte man nach der Ablehnung der Nationalsozialisten den Rückhalt eines Kabinetts Schleicher bei den bürgerlichen Parteien nicht für stärker, als den eines Kabinetts Papen. Wenn auch das Zentrum lieber ein Kabinett Schleicher kommen sehe, so würde dieser Gewinn, so sage man, aufgewogen durch die kaum verhehlte Gegnerschaft der Deutschnationalen.

Die „Germania", die ebenfalls mit einer Wiederbetrauung von Papens rechnet, sagt, man müsse der weiteren politischen Entwicklung mit der größten Skepsis entgegensehen.

Sehr eindringlich warnt die „D. A. Z." vor einer Berufung Papens, die das Blatt als eine Erfüllung des heißesten Wunsches von Dr. Göbbels bezeichnet, der in der NSDAP. den agitatorischen Einschlag am stärksten vertrete. Nach dem Scheitern des Planes, die nationalsozialistische Bewegung an der Verantwortung zu beteiligen, müsse eine Lösung gesucht werden, die wenigstens für später nicht alle Möglichkeiten der Wiederanknüpfung töte. Gegen Schleicher werde die Opposition der NSDAP. wesentlich anders aussehen als bisher. Das Blatt behauptet in diesem Zusammenhang auch, daß eine Anzahl hervorragender Mitglieder des alten Kabinetts, u. a. Dr. Bracht, ihre Aemter unter diesen Umständen zur Verfügung stellen würden.

Die Forderungen der Gewerkschaften

Ein Brief des ADGB. an den Reichswehrminister

Berlin, 1. Dezember. Der „Vorwärts" veröffentlicht in seiner heutigen Abendausgabe ein Schreiben des ADGB. an den Reichswehrminister, das, wie erläuternd hinzugefügt wird, nach der Besprechung des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit General von Schleicher auf dessen Wunsch hin verfaßt wurde, um die in der Unterredung aufgestellten Forderungen der freien Gewerkschaften darzulegen und zu begründen. Das Schreiben trägt das Datum vom 29. November und erklärt vor allem: „Die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 5. September 1932 ist außer Kraft zu setzen. Die in der Verordnung vom 4. September 1932 für Neueinstellungsprämien zur Verfügung gestellten 700 Millionen RM. sind unverzüglich zur Finanzierung öffentlicher Arbeiten zu verwenden". Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund beruft sich dann in dem Brief weiter auf die Erhebungen von 19 Zentralverbänden, aus denen hervorgehe, daß der Anreiz der Prämiensteuergutscheine keinerlei nennenswerte Wirkung gehabt habe. — Zu dem durch die Verordnung vom 5. September den Unternehmern gegebenen Recht, die Löhne für die 31. bis 40. Stunde zu kürzen, wird erklärt, dies habe eine große Beunruhigung in den Betrieben und zahlreiche Streiks verursacht, obwohl ein großer Teil der Unternehmer auf die Ausnutzung dieses Rechts von vornherein verzichtete. — Das Schreiben fordert weiter: Die Verkürzung der Arbeitswoche auf 40 Stunden muß unverzüglich als gesetzliche Maßnahme durchgeführt werden, was damit begründet wird, daß der durch die erwähnte Verordnung geschaffene Anreiz zur Verkürzung der Arbeitswoche auf 40 Stunden versagt habe, angesichts der Massenarbeitslosigkeit aber verlängerte Arbeitszeit und Ueberstunden über 40 Wochenarbeitsstunden hinaus nicht länger geduldet werden könnten. Sodann wird verlangt, daß das System der Steuergutscheine dahin umzugestalten sei, daß entsprechende Steuerscheine als Grundlage für die Finanzierung öffentlicher Arbeiten verwendet werden könnten. Hier heißt es in der Begründung: Die bisherige Auswirkung des Systems der Steuergutscheine läßt zwei Tatsachen unstreitig erkennen. Es hat sich insofern bewährt, als es bewiesen hat, daß eine öffentliche Kreditschöpfung in gewissen Grenzen möglich und mit keiner Inflationsgefahr verbunden ist. Es hat insofern versagt, als es eine fühlbare Erweiterung der Produktion und Verringerung der Arbeitslosigkeit nicht gezeitigt hat. — Diese angeregten Maßnahmen, so wird erklärt, machten etwa 1,75 Milliarden ohne geringste Inflationsgefahr zur Arbeitsbeschaffung frei und ermöglichen die Wiederbeschäftigung von einer Million Arbeitsloser. Abschließend zählt der Brief noch folgende Forderungen auf: Die durch die früheren Verordnungen herbeigeführten Verschlechterungen der Sozialleistungen müssen im Rahmen der Möglichkeit rückgängig gemacht werden. - Die Versorgung der Arbeitslosen muß namentlich in dem bevorstehenden Winter ausreichend verbessert werden. Jeder weitere Angriff auf die Löhne und die Rechte der Arbeiter muß unterbleiben. Die Unabdingbarkeit der Tarifverträge, die durch die Verordnung vom 5. September aufgehoben war, muß für ie Zukunft unangetastet bleiben.

Hitler kommt nicht nach Berlin

Weimar, 1. Dez. Die Reichspressestelle der NSDAP. teilt mit: „Gegenüber den von politisch interessierter Seite systematisch in die Oeffentlichkeit gebrachten Meldungen, wonach Adolf Hitler zugesagt, mitgeteilt oder auch nur beabsichtigt habe, zu Verhandlungen über die Regierungsbildung mit irgendwelchen amtlichen Stellen nach Berlin zu kommen, wird hiermit parteiamtlich festgestellt, daß alle diesbezüglichen Meldungen frei erfunden sind, um die öffentliche Meinung zu verwirren. Zu derartigen Verhandlungen mit den zurzeit in Berlin mit der Kabinettsbildung befaßten Persönlichkeiten lag und liegt für die NSDAP. keinerlei Anlaß vor, da ja Adolf Hitler bereits am 23. November dem Herrn Reichspräsidenten seinen, der Oeffentlichkeit bekannten, fest umrissenen, klaren und eindeutigen Vorschlag zur Lösung der Regierungskrise in allerkürzester Frist unterbreitet hat. Die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung dieses Vorschlages lag und liegt nicht bei der NSDAP., deren gradlinige Haltung seitdem tagtäglich durch die nationalsozialistische Presse in aller nur wünschenswerten Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht worden ist. Demgemäß hat sich auch Adolf Hitler am Dienstag abend programmäßig nach Weimar begeben, um in den thüringischen Gemeindewahlkampf einzugreifen. Alle andersgearteten Meldungen, insbesondere auch über Unstimmigkeiten innerhalb der nationalsozialistischen Führerschaft, sind unwahr."

„Schuldenzahlung hat verhängnisvolle Folgen"

Englands Note an Amerika

Washington, 1. Dez. Die britische Schuldennote ist in Washington eingetroffen.

London, 1. Dezember. Der Wortlaut der neuen britischen Note an Amerika liegt nunmehr vor. Die 20 Folioseiten umfassende Note betont besonders eindringlich die tiefe Ueberzeugung der britischen Regierung, daß eine Wiederaufnahme der Kriegsschuldenzahlungen, wie sie vor dem Hoover-Moratorium bestand, unvermeidlich die Depression im Welthandel verschärfen und verhängnisvolle Folgen für jede Nation zeitigen werde. Die britische Regierung glaubt, daß eine Erörterung der Angelegenheit mit der amerikanischen Regierung fruchtbare Ergebnisse für das Wiederaufleben der Weltwohlfahrt zeitigen könne und ist überzeugt, daß die Aussichten des Erfolges wesentlich durch die Verschiebung der Dezember-Rate gebessert werden würden. Die Note legt sehr eingehend die Gründe dar, die zu der Anregung einer Suspendierung der Dezember-Rate führten, und gibt eine ausführliche Darstellung der einzelnen Krisenphasen. Die Note weist mit Nachdruck darauf hin, daß das System der zwischenstaatlichen Schulden einen der wichtigsten Gründe für die Untergrabung des Vertrauens darstellt. Diese interstaatlichen Schulden, heißt es weiter, sind grundverschieden von wirtschaftlichen Anleihen, die sich durch ihre Produktivität selbst liquidieren. Reparationen und Kriegsschulden aber sind Ausgaben für Zerstörungen, die nichts hervorbringen, womit sie zurückgezahlt werden könnten. Auf lange Sicht können internationale Schulden nur in der Form von Waren oder Diensten gezahlt werden. Vertrauen und Kredit können nicht wieder aufleben, bis den Versuchen, den Strom des Kapitals zu zwingen, bergauf zu fließen, ein Ende gemacht ist. Die Erfahrung habe gezeigt, daß die Zahlungsfähigkeit des Schuldners nur zweitrangige Bedeutung besitze gegenüber der Fähigkeit der Welt, die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen, die die Transferierungen mit sich bringen würden, zu ertragen. Es werde einem Gläubigerland nichts nützen, ein paar Millionen Pfund oder Dollars zu sammeln, wenn es dadurch die Weltunordnung verlängere, und eine Kriegsschuldenregelung, wie großzügig sie auch immer sein möge, würde sich über und über durch den Beitrag bezahlt machen, den sie an der Wiedererholung der Welt leisten würde. Es liege in der Macht der Regierungen der Welt und besonders der Vereinigten Staaten und Großbritanniens als der beiden größten Gläubigernationen, wenn sie sich zur Zusammenarbeit zusammenfinden, den ersten und wesentlichen Schritt auf dem Wege zur Abwendung des finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Unheils zu gehen.

In dem der Lausanner Regelung gewidmeten Abschnitt der Note heißt es: Wenn die Zahlung der für die britische Kriegsschuld an die Vereinigten Staaten fälligen Summen wieder aufgenommen werden soll, so würde die britische Regierung verpflichtet sein, die Frage der Zahlungen ihrer eigenen Schuldner wieder zu erörtern. Die Schuldnerländer würden ihrerseits Zahlungen Deutschlands zu fordern haben, und